Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4.—, für das Ausland mit den entsprechenden Postzuschlägen. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin bestellt man bei den Zeitungsspeditoren und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt Lützow 3394. • Expedition: Amt Lützow 3343.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Nonpareillezeile und von Mark 1,50 für die viergespaltene Markenlinie entgegen. Zuschriften für den Anzeigenteil sind an die Geschäftsstelle, für den redaktionellen Teil an die Schriftleitung zu richten. Unverlangte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 54. [52. Jahrgang.] Mittwoch den 5. März 1913. [52. Jahrgang.] Nr. 54.

Berlin, den 4. März.

Politischer Tagesbericht.

Das Königliche Staatsministerium trat heute zu einer Sitzung zusammen.

Der Krieg auf der Balkanhalbinsel.

Die Vermittlung der Mächte.

Die Botschafter Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Oesterreich-Ungarns und Rußlands in London hatten gestern nachmittag mit Sir Edward Grey eine Zusammenkunft im Auswärtigen Amte, wo sie eine längere Sitzung abhielten. Wie das Reutersche Bureau erfährt, wird in diplomatischen Kreisen betont, daß der Rat, der in der Kollektivnote der Mächte in einem früheren Stadium der Türkei gegeben worden ist, noch jetzt die einzige Grundlage ist, auf der eine Vermittlung seitens der europäischen Mächte stattfinden könnte. Das Reutersche Bureau erklärt weiter, daß der Vorschlag, den die Türkei Sir Edward Grey als dem Präsidenten der Botschafterkonferenz gemacht hat, zu gleicher Zeit in den anderen europäischen Hauptstädten durch die Vertreter der Türkei bekanntgegeben worden ist. Es ist beschlossen worden, daß die Mächte nunmehr die Balkanstaaten von dem Ersuchen der Türkei in Kenntnis setzen und bei ihnen anfragen sollen, ob ihre Regierungen ebenfalls gewillt seien, die Herbeiführung einer Einigung der Vermittlung der Mächte zu überlassen. Ueber die Frage, ob die Balkanstaaten voraussichtlich ihre Sache ohne Vorbehalt den Händen Europas anvertrauen werden oder nicht, ist für den Augenblick keine Information zu erhalten. Der allgemein Eindruck scheint indessen zu sein, daß die Verbündeten gewillt seien, eine Vermittlung anzunehmen, daß sie aber vorerst die Bedingungen den Großmächten vorlegen wollen, unter denen sie zum Friedensschluß bereit sind. Nachdem sich die Großmächte über den Standpunkt der Balkanstaaten vergewissert haben, werden sie, wie man erwartet, den Entwurf eines Vertrages aufsetzen, der dann von beiden Parteien genehmigt und unterschrieben werden soll.

Weiter wird gemeldet:

Konstantinopel, 4. März. (Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Bureau.) Wie geschrieben wird, teilte der russische Botschafter von Giers bei seiner vorgestrigen Unterredung mit dem Großwesir die Antwort der bulgarischen Regierung mit, die auf der in London vorgeschlagenen, von Midia oder dem Kap Malatara etwa 40 km südlich von Iniada bis Rodosto verlaufenden Grenze bestehen soll. Es wird versichert, daß mehrere Mächte den neuen Vorschlag der Pforte unterstützen werden, denn die Mächte seien im allgemeinen dagegen, daß Bulgarien zum Marmarameer Zutritt erhalte. Was die Entschädigungsansprüche der Balkanverbündeten in Höhe von einer Milliarde Frank betrifft, so hält man es für unwahrscheinlich, daß die Mächte eine solche Forderung unterstützen werden. Gegenüber dem von Rußland gemachten Vorschlag, die gesamte Zivilbevölkerung aus Adrianopel abziehen zu lassen, wird in zuständigen Kreisen bemerkt, daß der Vorschlag unausführbar sei, weil es sich um eine Bevölkerung von 120 000 Köpfen handele.

In einer Auslassung des offiziösen Blattes „Mir" heißt es, einer Meldung aus Sofia zufolge: „Die Antwort der Verbündeten wird einzig und allein von der unverzüglichen Zustimmung der Türkei abhängen, die erfolgen müßte ohne weitere Verhandlungen über die Annahme der territorialen Forderungen der Verbündeten im großen und ganzen, und wird weiter abhängen von der grundsätzlichen Zustimmung zur Zahlung einer Kriegsentschädigung. Die Großmächte können als Vermittler zur Regelung von Einzelheiten intervenieren. Die bulgarische Regierung wird sich wegen der Antwort mit den Verbündeten ins Einvernehmen setzen. Selbstverständlich werden die militärischen Operationen während dieser Zeit fortgesetzt werden, und jede aus diesen Operationen sich ergebende Aenderung wird natürlich auf die endgültigen Friedensbedingungen Einfluß ausüben."

Die Sobranje zur Lage.

Die bulgarische Sobranje verhandelte in ihrer gestrigen Sitzung den Entwurf, durch den für die Bedürfnisse der Armee ein Kredit im Betrage von 50 Millionen beanspruncht wird. — Darüber wird im einzelnen berichtet:

Sofia, 3. März. Im Verlaufe der Beratung hielt der Führer der Demokraten, Malinow, eine Rede, in der er zunächst auf den bulgarisch-rumänischen Streitfall zu sprechen kam. Er bezeichnete die Forderungen Rumäniens als ungerechtfertigt und lehnte, obwohl er zu dem hohen Gerechtigkeitssinn der Großmächte Vertrauen habe, den Vermittlungsvorschlag ab, den diese der Regierung von Bukarest der Sobranje anzunehmen nicht das Recht habe; denn jede Vermittlung, im gegebenen Falle insbesondere wenn sie die Form eines Schiedsspruches annehme, enthalte gleichzeitig auch die grundsätzliche Annahme einer Gebietsabtretung. Mit Rücksicht auf die bulgarische Verfassung könne die Regierung einer derartigen Gebietsabtretung nicht zustimmen, wenn sie nicht das Mandat der Sobranje hierfür habe. Was die Forderung des künftigen Regimes der Kutzowalachen betreffe, so verlangte er Rechte für die Bulgaren in Mazedonien dieselben Rechte, die von den Rumänen für die Kutzowalachen, die unter bulgarische Herrschaft kommen sollen, beansprucht werden. Redner befaßte sich hierauf mit der Frage der Haltung der Verbündeten untereinander und gab der Hoffnung Ausdruck, daß Serbien, das die Notwendigkeit der Aufrechthaltung des Balkanbundes für alle Verbündeten in klarer Weise empfunden hätte, den gesunden Menschenverstand haben werde, die Klausel des bulgarisch-serbischen Bündnisvertrages in loyaler Weise auszuwenden, und daß Griechenland sich mit bescheidenteren Ansprüchen zufrieden geben werde; die Bulgaren, welche die schwersten Bürden im Kriege ertragen hätten und welche allein noch vor Tschataldscha und Gallipoli kämpften, würden die letzten sein, die einen Bruch der Koalition zu bedauern hätten.

Der Führer der Jungliberalen, Tomtschew, erklärte, er bestehe auf der Notwendigkeit der Verhandlungen der bulgarisch-rumänischen Frage durch die Volksvertretung vor ihrer Regelung, damit die Sobranje in einer wesentlich nationalen Angelegenheit ihre Meinung aussprechen könnte. Er verlangte die Mitteilung des Londoner Protokolls, wie dies die rumänische Regierung in der rumänischen Kammer getan hätte.

Finanzminister Theodorow stimmte dem Vorschlage Tonischews betreffs Mitteilung des bulgarisch-rumänischen Protokolls bedeutender an die Parteiführer zu und hat diese, noch ein wenig Geduld zu haben, da das so dringend begehrte Wort nicht fern von seinem Ziele wäre. Der Minister erklärte, Bulgarien verfüge über etwa 100 Millionen Schatzbonds, von denen 40 Millionen in Frankreich und 27 Millionen in Rußland untergebracht und 25 Millionen vor den Kriege für Bauten ausgegeben worden seien. Der Ertrag dieser Schatzbonds und Ersparnisse des Staatsschatzes hätten die Aufgabe der Regierung erleichtert, zumal da die verhältnismäßig wenig hohen Zinsen dieser Bonds zwischen 5½ und 6% schwankten, ein Zinsfuß, den nur wenige Staaten unter ähnlichen Verhältnissen erreichen könnten. Dies sei ein unzweifelhafter Beweis, daß der Kredit Bulgariens in denselben Maße wachse, wie die Erfolge seiner Armee.

Die Wünsche der Albanesen.

In der gestrigen Sitzung des Albanesischen Kongresses in Triest wurde ein auf das Ergebenheitstelegramm des Kongresses eingelaufenes Antworttelegramm des Ministers Grafen Berchtold verlesen, in dem der Minister seinen Dank und seine Wünsche für das Gedeihen Albaniens und des albanesischen Volkes ausspricht. Sodann wurden die Besprechungen über die Abgrenzung Albaniens fortgesetzt. Darüber wird berichtet:

Triest, 3. März. In der Nachmittagssitzung des Albanesenkongresses ergriff der Vertreter der albanesischen Kolonie in Borgoerizo bei Zara, Giergiri, das Wort und tadelte das Vorgehen der Griechen, die mit Hilfe der Albanesen ihre Freiheit erlangt hätten, nun aber so undankbar Vergeltung übten. Redner trat weiter dafür ein, daß Plamo und Gusinje dem albanesischen Reiche erhalten bleiben. Der Derwisch Hima erklärte, Albanien sei entschieden besser daran, wenn es an Bulgarien angrenze, als die Serben und Griechen danach trachten würden, die albanesischen Elemente zu vernichten. Auch Fan Noli betonte den Wunsch, an Bulgarien und nicht an Griechenland und Serbien zu grenzen. Prinz Ghika erklärte, Albanien müßte die vier albanesischen Wilajets umfassen, und sprach sodann dem Kaiser Franz Joseph und dem König von Italien Dank aus für die Förderung der albanesischen Sache. Er trat abermals für die Erringung der gewünschten Ziele mit den Waffen ein. Sodann überbrachte, stürmisch begrüßt, das Mitglied der provisorischen Regierung in Valona, Christo Nesti, dem es gelungen war, die Blockade von Valona zu durchbrechen, die Grüße der provisorischen Regierung. Abdullah Effendi trat dafür ein, daß auch Monastir zu Albanien gehöre. Nachdem Derwisch Hima unter Zugrundelegung der Karte von Albanien die Ansprüche der Albanesen erläutert und begründet hatte, stellte der Delegierte der rumänischen Kolonie in Boston, Dr. Batari, den Antrag, sich an Kaiser Franz Joseph, den König von Italien sowie den König von Rumänien mit der Bitte zu wenden, Albanien in seinen Aspirationen auf die Einbeziehung sämtlicher vier albanesischer Wilajets in den neuen selbständigen Staat zu unterstützen. Schließlich bat der katholische Pfarrer von Bedtya den Präsidenten, an die Botschafter in London das Ansuchen zu richten, die Aufhebung der Blockade von Valona und die Entsendung von Skutari und Janina zu erwirken, da der Feind im Falle der Einnahme dieser Städte in ihnen ein Blutbad anrichten würde. Die nächste Sitzung des Kongresses findet morgen statt.

Aus Konstantinopel.

Konstantinopel, 4. März. Der Kommandant von Konstantinopel hat den Major Ali Schemket, der sich noch nicht auf seinen Posten begeben hat, aufgefordert, sich binnen 48 Stunden zu melden, widrigenfalls er aus den Listen gestrichen werden soll. Wie es heißt, steht Ali Schemket in dem Verdacht, an dem letzten Verschwörungsplan beteiligt zu sein. In amtlichen Kreisen wird jetzt erklärt, der Verschwörung dürfe keine große Bedeutung beigemessen werden, weil keine einflußreiche Persönlichkeit in sie verwickelt sei.

Konstantinopel, 4. März. Die gestern verbreitete Nachricht von dem Austritt zweier ausländischer Delegierter aus dem Verwaltungsrate der Dette publique ist unrichtig. — Die Mitglieder des Verwaltungsrats sind gerade jetzt vollzählig in Konstantinopel anwesend. Mit dem Beginn des neuen Finanzjahres vom 1. März alten Stils tritt statutenmäßig ein Wechsel des Präsidiums ein, das von den Franzosen auf die Engländer übergeht.

* * *

Die türkischen Kriegsgefangenen in Griechenland.

Aus Athen wird der „Kölnischen Zeitung" geschrieben:

In mehreren angesehenen deutschen Zeitungen begegnete man in letzter Zeit Behauptungen, wonach man befürchten müsse, daß die griechischen Truppen und Behörden die in Mazedonien und Epirus gemachten Kriegsgefangenen schlecht behandeln. Diese Anschuldigungen sind entschieden als unwahr zurückzuweisen, denn Griechenland behandelt die Gefangenen außerordentlich gut, jedenfalls hat der griechische Soldat in seiner Heimat nie besser gehabt als heute der türkische Gefangene hierzulande. Anfang Dezember vorigen Jahres hatte ich bei einer Reise durch die Halbinsel Morea Gelegenheit, türkische Kriegsgefangene in Patras zu sehen, die alle fröhlich aussahen. Einige Tage nachher, in Pyrgos, sah ich wieder Kriegsgefangene, diesmal Offiziere. Es sind 99 dort untergebracht, vom Obersten abwärts. Für sie hatte man dort die besten Gasthöfe belegt. Da ich mich mehrere Tage in Pyrgos aufhielt, so hatte ich Gelegenheit, mit verschiedenen Offizieren ins Gespräch zu kommen. Es sprachen mehrere Deutsch und einige von ihnen Griechisch. Alle konnten sich nicht lobend genug über die gute Aufnahme durch die Militärbehörde und Bevölkerung aussprechen. Erhält doch jeder Offizier daselbe Gehalt und die gleiche Verpflegung wie die Offiziere der griechischen Armee, dabei beschäftigt sich jeder Gastwirt so viel ihm möglich, den Herren auch mit türkischer Küche zu dienen. In ihrem Tun und Lassen sind die Offiziere durch nichts behindert. Auf meiner Weiterreise traf ich in Kalamata wieder auf Kriegsgefangene Offiziere, es sind 120, vom Stabsoffizier abwärts. Hier sind sie, da zu wenig Gasthöfe für die Zahl vorhanden sind, in der neuen Kaserne untergebracht, unter denselben Verhältnissen wie in Pyrgos, dieselbe Gage, Essen im Wirtshaus usw., dabei auch Freiheit nach allen Richtungen. Auch hier bestätigten mir die Herren, daß sie nicht zu klagen hätten, sondern daß sie sich wohl fühlten und die Regierung in jeder Richtung für ihr körperliches Wohl sorgt habe. Ebenso sei die Bevölkerung in jeder Weise zuvorkommend und freundlich gegen sie. Der kommandierende General der mazedonischen Armee, Tachsin Pascha, wurde gleich nach dem Fall von Salonik nach Phalerون, dem bevorzugten Aufenthalt der Athener, gebracht. Dort an der Strandpromenade erhebt sich das Athäon, eines der schönsten Hotels Europas. Hier wurde der Pascha mit seinen Frauen oder Familienangehörigen sowie 120 Offizieren verschiedener Grade untergebracht. Nach Kriegsrecht sind die Gefangenen jeder Freiheit. Nach dem Sitzsitag bei der Bundesbrüder und der Besetzung der Mazedonia im Hafen von Syra brachte man den Pascha mit seinen Angehörigen nach Kephissia, ungefähr eine Bahnstunde von Athen, am Fuße des Pentelikon. Auch Kephissia ist einer der schönsten Orte in der Nähe Athens. Die übrigen Offiziere brachte man nach Nauplia, der man irgend eines Streiches der Humidität auf die ungeschickte Rede von Phalerون gewärtig sein mußte. Aus meinen Beobachtungen geht hervor, daß die in die Oeffentlichkeit gebrachten Berichte nur von jemandem geschrieben worden sein können, der gar nicht mit den Gefangenen in Berührung gekommen ist, jedenfalls nicht mit den griechischen Volkscharakter nicht, sonst würde er auch solche Mitteilungen, die ihm vielleicht von anderer Seite zugingen, nicht ungeprüft weitergeben.

Rundschau im Auslande.

Die französische Heeresvermehrung.

Paris, 4. März. Nach einer offiziösen Meldung wird der Oberste Kriegsrat in seiner heute unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik stattfindenden Sitzung die von der Regierung in der Angelegenheit der Heeresvermehrung aufgestellten Fragen beantworten. Die Ansicht des Obersten Kriegsrates ist übrigens bekannt. Alle seine Mitglieder haben sich in persönlichen Unterredungen mit dem Kriegsminister für die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit ohne jede Vergünstigung und Ausnahme ausgesprochen und haben selbst gemacht, daß das Gesetz von 1905 über die zweijährige Dienstzeit — ganz abgesehen von dem schwachen Bestand der Deckungstruppen — es unmöglich mache, eine brauchbare Reiterei und Artillerie heranzubilden. Es heißt, daß die Regierung diese von den Mitgliedern des Obersten Kriegsrates vertretene Ansicht durchaus teile.

Die auswärtigen Beziehungen Frankreichs.

Paris, 4. März. Der Minister des Aeußern hat das kürzlich vom Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten gestellte Ersuchen, über den allgemeinen Stand der auswärtigen Beziehungen Frankreichs Aufklärungen zu geben, in einem Schreiben an den Obmann des Ausschusses, Noziet, abgelehnt. In dem Schreiben heißt es: Ich habe diese Frage dem Ministerrat vorgelegt und bin der Ansicht, daß es im Hinblick auf die gegenwärtig schwebenden Besprechungen und Verhandlungen unangebracht wäre, schon jetzt bestimmte Erklärungen abzugeben.

Besuch des englischen Marineministers in Toulon.

Nach einer Meldung aus Toulon begab sich Sir Winston Churchill von dem dort eingetroffenen Kreuzer „Hussar" Nachmittags an Bord des „Voltaire", wo er eine Unterredung mit dem französischen Marineminister Baudin hatte. Er blieb an Bord, um den Schießübungen bei les Salins d'Hyères beizuwohnen. Das an Bord des „Voltaire" eingenommene Frühstück verlief außerordentlich herzlich; Churchill brachte einen Trinkspruch auf den Präsidenten der Republik, auf den Marineminister Baudin und auf den Ruhm der französischen Flotte aus. Baudin erwiderte mit einem Trinkspruch auf König Georg. Er dankte Churchill aufrichtig dafür, daß er den Schießübungen beigewohnt habe, und trank dann auf die Gesundheit Churchills und den Ruhm der englischen Marine. — Dazu wird noch gemeldet:

Paris, 3. März. Eine Note der Agence Havas besagt, daß die Begegnung zwischen dem Marineminister Baudin und Sir Winston Churchill, die durch zufällige Umstände herbeigeführt wurde, den herzlichsten Charakter gehabt hätte. Als Churchill den „Voltaire" verließ, sprach er dem Marineminister Baudin seinen lebhaften Dank für den ihm zu teil gewordenen warmen Empfang aus. Baudin erwiderte, wie glücklich er persönlich wäre, daß er Sir Winston Churchill an Bord des „Voltaire" habe empfangen können, und fügte hinzu, die französische Marine werde das Verhalten und die Courtoisie Churchills zu würdigen wissen und in dem neuen Zeugnis der Sympathie einen Beweis für die herzlichen Beziehungen zwischen den beiden Flotten erblicken. — Churchill kehrte um 5 Uhr an Bord des „Hussar" nach Villefranche zurück.

Ueber die Schießübungen der französischen Flotte von Toulon berichtet die Agence Havas: Die Uebungen sind sehr gut verlaufen. Das Linienschiff „Danton" auf dem sich kürzlich die Kohlenstaubexplosion ereignete, hat dabei sehr günstig abgeschnitten. Der erste Lord der Admiralität Winston Churchill drückte verschiedentlich seine Anerkennung aus.

* * *

Paris, 4. März. Wie aus Lorient gemeldet wird, brach auf dem Panzerschiff „Courbet" in einer Dynamokammer Feuer aus, das jedoch rasch gelöscht werden konnte, ohne besonderen Schaden anzurichten.

Die Sechsmächteanleihe.

Peking, 3. März. (Reuterisches Bureau.) In einer Versammlung der Gesandten der zur Sechsmächtegruppe gehörenden Länder gab heute der deutsche Gesandte die Erklärung ab, daß Deutschland seinen Einspruch gegen die Ernennung eines Engländers zum Beirat beim Salzamt zurückgezogen habe. Die Gesandten teilten hierauf mündlich diese Tatsache der chinesischen Regierung mit. Man erwartet die Ueberreichung einer Note, in der die Mächte erklären, sie hielten es in Anbetracht der großen Summen, um die es sich handle, für notwendig, daß die chinesische Regierung außer den bereits vorgesehenen vier Beiräten, nämlich einem Engländer für das Salzamt, einem Deutschen für das Rechtsamt und einem Russen und einem Franzosen für das Auditeuramt, einen Deutschen zum Hilfsbeirat bei dem Salzamt ernenne. Japan und Amerika haben sich ihrer Rechtsansprüche begeben. Man glaubt ferner, daß auch aus dem chinesischen Dienst, und zwar wahrscheinlich aus der Seezollverwaltung, Beiräte hinzuzugezogen werden. Es besteht Grund zu der Annahme, daß die chinesische Regierung jetzt auf die Vorschläge eingehen wird, wenn ihr keine neuen Bedingungen auferlegt werden. Es ist vereinbart, daß die Anleihe ungefähr folgendermaßen placiert werden soll: Acht Millionen in England, sechs Millionen in Frankreich, sechs Millionen in Deutschland, zweieinhalb Millionen in Amerika und ein und eine halbe Million in Belgien, das den russischen Anteil übernimmt.

Der Schwede Larsen, eine Autorität in mongolischen Angelegenheiten, ist von der chinesischen Regierung zum Beirat des Bureaus für tibetanisch-mongolische Angelegenheiten ernannt worden.

Schanghai, 3. März. (Deutsche Kabelgramm-Gesellschaft.) Auf Vorschlag des Finanzministers wurde Tschangshungyan wieder zum Finanzdelegierten in London ernannt, um dort über eine große Anleihe zu verhandeln. Damit verlegt China den Schwerpunkt der Verhandlungen von Peking nach London. Der endgültige Abbruch der Verhandlungen mit dem Sechsmächtesyndikat wird jeden Augenblick erwartet.

Schanghai, 3. März. (Deutsche Kabelgramm-Gesellschaft.) Die chinesische Regierung erklärte dem Dayen des diplomatischen Korps, sie verzichte auf weitere Verhandlungen über die Sechsmächteanleihe.

Präsident Wilson.

Washington, 3. März. Präsident Wilson ist heute nachmittag hier eingetroffen und hat sich in einem ihm vom Präsidenten Taft gesandten Automobil ins Hotel begeben. Er wurde von einer großen Volksmenge enthusiastisch begrüßt.

Als weitere Mitglieder des Kabinetts gelten endgültig: Richter Garrison als Kriegsminister, Lane als Vorsitzender der Interstate Commission und Minister des Innern, der Wollwarenfabrikant Redfield als Handelsminister.

Zeitungsschau.

— Dem Gedanken der einmaligen Vermögensabgabe stimmt ein großer Teil der Presse mit Lebhaftigkeit zu. Außer den schon mitgeteilten Aeußerungen heben wir folgende süddeutsche Stimmen hervor:

„Münchner Neueste Nachrichten":

Es ist sicher ein richtiger Grundsatz — und daß er neu ist, ändert an seiner Richtigkeit nichts —, daß die einmaligen Ausgaben für die Heeresverstärkung wie eine Versicherungsprämie auch nur eine, ein einziges Mal erhobene Steuer gedeckt werden und nicht durch eine Anleihe, deren Zinsen und Tilgung durch Jahrzehnte auf uns lastet. Und weiter ist es mit Freuden zu begrüßen, daß diese einmalige patriotische Spende ausschließlich von den Leistungsfähigen, den Reichen getragen wird.

Endlich aber würde die große Aktion noch einen besonderen Schwung erhalten, wenn die Fürsten, die regierenden und die mediatisierten, in dieser ernsten Zeit es als nobile officium betrachten würden, freiwillig, wie ihre Vorfahren vor hundert Jahren, von ihren meist sehr großen Vermögen stattliche Abgaben auf den Altar des Vaterlandes niederzulegen.

Und an anderer Stelle:

Daß sich die bayerische Regierung alsbald grundsätzlich mit dem Vorschlage einverstanden erklärt hat, wird allgemein, auch von denen, die etwa gegen den Plan selbst Bedenken haben sollten, mit Genugtuung begrüßt werden im Hinblick auf die zweifellos günstige Wirkung auf das Ausland. Es ist außerordentlich wichtig, daß das Ausland auch bei dieser Gelegenheit erfährt, wie rückhaltlos bei uns Süd und Nord zusammenstehen, wenn es gilt, die Größe und die Ehren des Reiches zu wahren.

Unter diesem Gesichtspunkt ist auch dringend zu wünschen, daß die Heeresvorlage nebst Deckungsplan im Reichstage so schnell und so einmütig wie möglich erledigt werde, was auch bei der als selbstverständlich vorauszusetzenden gründlichsten Prüfung der Regierungsvorlage durch die Volksvertretung geschehen kann.

„Schwäbischer Merkur":

Wir leben in einem Jahr großer weltbeweglicher Erinnerungen. Der 10. März, der Geburtstag der Königin Luise, wird das preußische Heer und Volk unter dem stolzen Banner des Gedächtnisses der Befreiungskriege sammeln und der deutsche Süden nimmt innigen Anteil an dieser Feier, denn es ist ihm glücklicherweise längst in Fleisch und Blut übergegangen, daß jenes erste machtvolle Erwachen deutschen Geistes für Schwaben und Bayern ebenso den „großen Morgen" bedeutete wie für Ostpreußen und Märker, Schlesier und Pommern. Und wenn es sich darum handelt, die heilige Kraft dieser Erinnerung an einen Völkerfrühling von jauchzender Schönheit in Tat und Leben umzusetzen, so wird auch darin das deutsche Volk einig sein von der Königsaue bis zum Bodensee und von der Maas bis an die Memel. Mit Worten aber und Gefühlen ist nichts getan. Das Jubeljahr 1913 muß ein Opferjahr werden wie das Jahr 1813 erst dadurch zum Jubeljahr geworden ist, daß ein in seinen tiefsten Tiefen bewegtes und erregtes Volk vor seinem Opfer zurückbebte, sondern in freudigem Wettreifer sein ganzes blühendes Armut auf den Altar des rufenden Vaterlandes niederlegte. So stehen die Dinge heute nicht. Wir sind in 42 Jahren ungeführten Friedens ein wohlhabendes Volk geworden und von niemand soll verlangt werden, daß er dem Kaiser und dem Reiche gebe, was er selbst für seines Lebens Nahrung und Notdurft bedarf. Das Vaterland fordert einen Zoll nur von dem, was unter dem mächtigen Schutze seines Schwertes an Vermögen gesammelt und erhalten werden ist. Das ganze Deutschland soll es sein und alle Bestandenen sollen und werden den Ehrgeiz haben, mit einem lauten Ja auf die Frage zu antworten, ob sie an ihrem Teile bereit sind, dem Vaterlande Gold für Eisen, für das Eisen der vaterländischen Wehr zu bringen. Die großen Vertretungen der deutschen Erwerbstände, der Landwirtschaft, der Handels und der Industrie, haben erst in diesen Tagen unter dem Eindruck der Jahrhundertesinnerungen feierlich gelobt, daß sie sich an Opferwilligkeit von niemand übertreffen lassen und hinter dem Volk von 1813 nicht zurückstehen wollten. Jetzt ist es Zeit, dem schönen Worte die schöne Tat folgen zu lassen!

In einem weiteren Artikel des Stuttgarter Blattes heißt es:

Auch die Einzelstaaten können sich mit dem Gedanken dieser Art von Besteuerung durchweg befreunden; sie muß ihnen jedenfalls sympathischer sein, als eine dauernde Belastung der Vermögen in der Form einer Reichsvermögenssteuer. Einmal vorgeschlagen sollte dieser Gedanke auch mit aller Energie zur Durchführung gebracht werden: es müßte im Inland einen imposanten Eindruck machen, wenn das deutsche Volk, ohne viel zu feilschen und zu markten, eine runde Milliarde geben würde, um die Lücken seiner Heeresorganisation auszufüllen. Daß wie die Summe angesichts unseres sich immer mehr steigernden Nationalwohlstands aufbringen können, unterliegt keinem Zweifel; daß sie sich derzeit angesichts der durch sie zu erreichenden höheren Sicherheit des Reiches, ist ebensowenig zu bezweifeln. Opferwilligkeit ist ein schönes Ding, wenn sie sich in die Tat umsetzt, bleibt sie im Gebiet der bloßen Aufwallung stecken, so ist sie eine verkehrte Sache. Hoffen wir also, daß das große Opfer für die große Sache gebracht werden wird!

Zahlreiche Artikel namentlich der mittelparteilichen Presse bringen ähnliche Ausführungen.

* * *

Das „Berliner Tageblatt", das sich im Prinzip zu dem Vorschlag freundlich stellt, hat einige Parlamentarier um ihre Ansicht befragt. Der Vizepräsident des Reichstags Dr. Dove äußerte sich u. a. folgendermaßen:

Ich kann nur so viel sagen, daß der Vorzug des Projekts darin zu liegen scheint, daß es wirklich den Besitz als Steuerobjekt ins Auge gefaßt hat. Ob der Besitz in allen seinen Kategorien gleichmäßig erfaßt wird, hängt von technischen Einzelheiten, insbesondere der Einschätzung ab. Was die Höhe der einmaligen Vermögensabgabe betrifft, so wird eine reichsgesetzliche Grundlage für die Einschätzung erforderlich sein. Diese zu gewinnen, ist aber bei der Verschiedenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Besitzverteilung in den einzelnen in Betracht kommenden Gebieten nicht leicht. Immerhin erscheint es mir durchaus billigenswert, die ungeheure Summe der einmaligen Ausgabe nicht ganz oder zum erheblichen Teil auf den Kredit zu verweisen und so die Steigerung der Reichsschuld zu bewirken.

Der Zentrumsführer Abg. Dr. Spahn erklärte:

„Wie sich meine Partei zu der einmaligen Vermögensabgabe zur Deckung der Militärvorlage stellen wird, kann ich Ihnen heute natürlich noch nicht sagen, da weder die Vorlage vorliegt, noch mir in unserer Partei eine Besprechung über die Frage gehabt haben. Augenblicklich liegt meines Erachtens kein Grund zu der Annahme vor, daß die Vorlage durch den Reichstag abgelehnt werden könnte. Ich glaube auch, daß die Vorlage in den breiten Schichten des Volkes populär sein wird."

Der Abg. Erzberger schreibt im „Tag" unter der Ueberschrift „Die Kriegssteuer als Jahrhundertsgabe" in einem längeren Artikel:

Allseitig wird zugegeben werden müssen, daß der Gedanke der Kriegssteuer ein guter, vielleicht gar ein vortrefflicher ist; er ist nicht neu. Im Mai 1910 habe ich bereits eine Kriegssteuer für Südwestafrika gefordert; vom Bundestattisch kam damals das unbegründete Wort der „Vermögenskonfiskation". Im November 1911 trat Herr von Heydebrand sehr temperamentvoll für eine Abgabe vom Vermögen der Lebenden ein; 1912 kam der Besitzsteuerantrag Bassermann-Erzberger, der eine große Mehrheit fand. Der Weg im Reichstag ist also vorbereitet und geebnet.

Die „Kölner Volkszeitung" schrieb sofort beim Bekanntwerden des Planes:

Der Gedanke, die Vermögen — es handelt sich dabei ja wohl nicht um den kleinen Besitz — in dieser Weise einmalig zu den außerordentlichen Opfern dieses Jahres heranzuziehen, erscheint uns als ein ganzbarer Ausweg in einer ungewöhnlich schwierigen Situation. Da die Abgabe nur einmalig erhoben werden soll, verträgt sie sich auch eher mit den Steuersystemen der Einzelstaaten als eine bleibende Steuer.

* * *

In der linksliberalen Presse findet sich neben sehr kritischen Aeußerungen, wie in der „Frankf. Ztg." auch manches zustimmende Wort. Der „Börsen-Courier" ist der Meinung, daß die neue Steuerfinanzierung technisch in vielen Hinsichten annehmbar sein könnte: